Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt

Erinnern wir uns: die Zahl der Arbeitsplätze in Luxemburg ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen; ebenso die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der berufstätigen Frauen.

Stichdatum 31 März 1995: von 195.600 Erwerbstätigen sind 71.014 Frauen. 1988 arbeiteten 52.650 Frauen. Nicht geführt, nicht registriert, unsichtbar sind natürlich auch all jene, die nach einer Familienpause in das Berufsleben zurück möchten.

Die genaue Zahl der berufstätigen Frauen ist demnach nicht bekannt. Bis dato können wir nur von den "sichtbaren Frauen" sprechen.

Seit 1988, ein Jahr in dem 52.650 berufstätige Frauen gezählt wurden, hat sich die Frauenerwerbstätigkeit jährlich um 4,4% erhöht, derweil die Männererwerbstätigkeit jährlich 3% gewachsen ist.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen sowie ihr Erwerbsverhalten werden in verschiedenen rezenten interessanten Untersuchungen des CEPS/Instead in Zusammenarbeit mit der Inspection Générale de la Sécurité Sociale behandelt. Vermutungen wurden durch die Fakten erhärtet:

- * 1 von 3 Frauen arbeitet für den Mindestlohn;
- * Frauen arbeiten Teilzeit und flexibel;
- * die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Frauen vermindert sich bei steigender Kinderzahl;
- * in den Bereichen, wo sie die Minderheit der Arbeitenden sind, passen Frauen ihre Arbeitszeit derjenigen der Männer an;
- * 1 von 3 Müttern mit 2 Kindern arbeitet Teilzeit, Frauen ohne Kinder arbeiten zu 11 % Teilzeit.

Heißt das nun, daß Frauen und Männer gleichgestellt sind?

Die eben erwähnten Studien stellen klar: Berufsbiographien von Frauen und Männern verlaufen verschieden. Wie eh und je! Sei es was die Tagesarbeitszeit, die Wochenarbeitszeit oder die Lebensarbeitszeit betrifft, sei es was den Platz in der be-

ruflichen Hierarchie betrifft oder den Lohn. Frauen und Männer sind im Arbeitsleben nicht gleichgestellt.

Eines der wichtigsten Hindernisse für Frauen sich im Berufsleben zu behaupten bleibt sonder Zweifel ihre mehr oder weniger alleinige Zuständigkeit für Familienaufgaben. Ein weites Feld für positive Aktionen der Frauenförderungs politik!

Ein weiteres Feld, das zu beackern bleibt, ist der geschlechtsspezifisch organisierte, teilweise hermetische Arbeitsmarkt. Das Gleichstellungsgesetz vom 8. Dezember 1981 "... en ce qui concerne l'accès à l'emploi, à la formation et à la promotion professionnelle, et les conditions de travail" sowie das großherzogliche Reglement vom 10 Juli 1974 "relatif à l'égalité de rémunération entre hommes et femmes" sind wichtige Instrumente, die von den Frauen genützt werden müssen, falls sie diskriminiert werden.

Berufsbiographien von Frauen und Männern verlaufen verschieden. Sei es was die Tagesarbeitszeit, die Wochenarbeitszeit oder die Lebensarbeitszeit betrifft, sei es was den Platz in der beruflichen Hierarchie betrifft oder den Lohn. Frauen und Männer sind im Arbeitsleben nicht gleichgestellt.

Weitere Initiativen, sowohl auf legislativer wie auf institutioneller Ebene sind dringend notwendig.

Bei Gelegenheit des in der Abgeordnetenkammer Ende Januar organisierten Hearings über die Situation der Frauen in Luxemburg gingen die Vertreterinnen von LIDIA auf die Arbeitsmarktpolitik ein. Sie machten Vorschläge, die tripartitewürdig sind und die hier vorgestellt werden sollen

am Beispiel des Gesetzes vom 30. Juni 1976 betreffend, erstens, die Schaffung eines Beschäftigungsfonds und zweitens, die Reglementierung der Arbeitslosenentschädigung.

Teilzeitarbeit wird in Luxemburg per Gesetz diskriminiert. So sieht das erwähnte Gesetz vor (Art. 11.2), daß Berufstätige, die weniger als 16 Stunden in der Woche arbeiten, kein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung haben. Dieser Artikel gehört abgeschafft! Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Das gleiche Gesetz beinhaltet eine indirekte Diskriminierung von Frauen. Wer in Hausgemeinschaft mit einer Person lebt, deren Einkommen 2,5 mal den Mindestlohn übersteigt, scheidet seine Arbeitslosenunterstützung gekürzt oder gar komplett gestrichen (Art. 25.2). Da generell Männer mehr verdienen als Frauen, da prozentual mehr Frauen arbeitslos werden als Männer, trifft diese Regelung hauptsächlich Frauen. Zu bedenken gilt, daß dieser Absatz doppelt straft. mit der Arbeitslosenunterstützung werden auch Krankenkassen- und Pensionsbeiträge bezahlt. Falls die Arbeitslosenunterstützung nicht zur Auszahlung kommt, verliert die Frau ihre eigenen individuellen Rechte in der Sozialversicherung zuungunsten von abgeleiteten Rechten. Auch dieser Artikel gehört abgeschafft.

LIDIA schlägt desweiteren vor, den Belangen von Langzeitarbeitslosen (u.a. Berufsrückkehrerinnen) Rechnung zu tragen und zwar nach dem Beispiel der Maßnahmen, die zugunsten jugendlicher arbeitsloser Schulabgänger geschaffen wurden (Art. 30 bis 32 des Gesetzes vom 30. Juni 1976). Ist der arbeitslose Schulabgänger während 39 Wochen als arbeitssuchend eingetragen, so hat er Anrecht auf die volle Arbeitslosenentschädigung. Dadurch ist er/sie, und dies ist ein wesentlicher Aspekt, sozialversichert. Hat die Schulausbildung mehr als 9 Jahre gedauert oder hat der/die Arbeitslose an bestimmten Umschulungsmaßnahmen teilgenommen, so erhält er/sie Arbeitslosenentschädigung

---

schon nach 26 Wochen. Nach diesem Modell wird sich die Berufsrückkehrerin als arbeitssuchend melden. Falls das Arbeitsamt ihr während der vorgesehenen Wartezeit keine Arbeit vermitteln kann, erhält sie Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung und auf Kranken- und Pensionsversicherung.

Es bedarf verschiedener Bedingungen, damit dieses Modell wirksam funktionieren

kann: Beratung und Begleitung seitens der Arbeitsämter müssen zielgruppenorientiert sein und in voller Kenntnis einerseits der spezifischen Situation von Berufsrückkehrerinnen insgesamt und der einzelnen Person andererseits erfolgen. Zielgruppenorientierte Kurse, Praktika, Vorbereitungs- und Orientierungsmaßnahmen müssen in die Wege geleitet werden (Art. 33 des Gesetzes vom 30. Juni 1976).

Eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolgs ist jedoch, daß das Ziel die langfristige und dauerhafte Integration der Berufsrückkehrerin ist und nicht das "Frisieren" der Statistiken.

Ginette Jones

Quelle: Population et emploi, STATEC, CEPS, IGSS nr. 3/95